

Platz abbeck

Nr. 5, 13. Juli 2010

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Doppelter Abiturjahrgang 2013 – Frühzeitig für mehr Ausbildungsmöglichkeiten sorgen

Im Jahr 2013 werden durch die Verkürzung des Gymnasiums auf 12 Jahre zwei Abiturjahrgänge die Schule abschließen. In diesem Jahr brauchen doppelt so viele Abiturienten wie üblich Plätze an den Universitäten, den Berufskollegs oder in Ausbildungsbetrieben. Konzepte, die sowohl eine Verknappung der Lehrstellen verhindern, als auch die Qualität universitärer und schulischer Ausbildung bei gestiegenem Platzbedarf sichern, müssen frühzeitig von allen Akteuren entwickelt werden, um erfolgreich zu sein. Dazu hat DIE LINKE in der aktuellen Ratssitzung einen Antrag gestellt.

Es wäre fatal, wenn die zusätzlichen Abiturienten Haupt- und Realschüler auf dem Ausbildungsmarkt verdrängen. Schon jetzt leiden sie darunter, dass ihre Abschlüsse für die Arbeitgeber zunehmend unattraktiver werden, weil immer mehr Abiturienten eine Ausbildung beginnen. Die Stadt Köln muss ihren Einfluss im Kommunalen Bündnis für Arbeit nutzen, damit die Unternehmen mehr Ausbildungsplätze schaffen. Unterstützung sollen sie dabei von den Kammern bekommen. Die Stadt und ihre Unternehmen selbst müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Außerdem muss der Ausbildungsbericht, den das Kommunale Bündnis für Arbeit erstellt, jährlich dem Rat bzw. den Ausschüssen zur Verfügung gestellt werden. Denn nur, wenn die Politik die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in Köln genau kennt, kann sie überhaupt steuernd eingreifen.

Auch die neue Landesregierung ist hier gefordert. Sie muss die nötigen finanziellen Mittel für die Universität, die Fachhochschulen und die Berufskollegs bereitstellen. Diese Institutionen müssen mehr Plätze schaffen – und zwar ohne einen Qualitätsverlust der Ausbildung zu riskieren.

Voraussichtlich findet dieser Antrag der LINKEN eine Mehrheit. So werden die Weichen frühzeitig richtig gestellt.

Jörg Detjen, Gisela Stahlhofen

Haushaltseinnahmen erhöhen, sonst gibt es ein Desaster!

Oberbürgermeister Roters lud für den 5. Juli zu einer Konferenz zum Kölner Stadthaushalt ein, den er am 13. Juli (nach Redaktionsschluss) in den Stadtrat einbringen wird. Offiziell soll dann der Haushalt im Oktober verabschiedet werden. Hinter vorgehaltener Hand wird dieser Termin wiederum in Zweifel gestellt.

Immerhin stellte Stadtdirektor Kahlen die Realität ungeschönt dar. Es gibt nicht nur in 2010 ein Haushaltsdefizit von 413,8 Mio. Euro, sondern auch in 2011 von 349,7 Mio. Euro, 2012 von 269,3 Mio. Euro, 2013 von 193,1 Mio. Euro und 2014 von 125 Mio. Euro. Wenn man diese Zahlen addiert, kommt man auf die gewaltige Summe von 1,351 Mrd. Euro.¹

Das gesamte Haushaltsdefizit ist gewaltig, so dass der Oberbürgermeister seine Haushaltskonsolidierungspolitik über 10 Jahre strecken wird. Dieses Verfahren, das Defizit innerhalb von zehn Jahren und nicht in einem kürzeren Zeitraum abzubauen, wird

auch die Fraktion DIE LINKE mittragen, damit es zu keinem Nothaushalt kommt.

Auffällig war bei dieser Stadtkonferenz, dass selbst Personen aus dem Unternehmenskreis die zu geringen Einnahmen ansprachen und hier eine Änderung forderten. Auch die Reichen in der Kölner Stadtgesellschaft spüren, dass die Stadt notwendige Infrastrukturen nicht erhalten kann, die auch wohlhabende Kinder benötigen. Auch die Kapitalisten brauchen „weiche“ Stadtfaktoren, um „Führungs“personal nach Köln zu holen.

Inzwischen rächt sich der Kurs von SPD und Grünen, in den letzten Jahren die Gewerbesteuer nicht erhöht zu haben. DIE LINKE im Rat hatte auf einen solchen Schritt, insbesondere in der Zeit der wechselnden Mehrheiten ab 2006, immer wieder gedrängt. Dann hätte die Stadt jetzt ca. 100 Mio. Euro mehr Haushaltsmittel.

Nach der Sommerpause will der Oberbürgermeister den Dialog um den Haushalt



Protestaktion der Kölner LINKEN gegen die geplanten Kürzungen im Kölner Stadthaushalt. Die andere Seite der Medaille ist die Verschwendung öffentlicher Gelder, die in Köln ein riesiges Ausmaß angenommen hat.

Internetadresse: +++ www.linksfraktion-koeln.de +++ www.linksfraktion-koeln.de

Fortsetzung von Seite 1: Haushalt fortsetzen. Ob er bis dahin ein „Konzept“ hat, das die Teilnehmer der Stadtkonferenz einforderten?

Martin Börschel, Fraktionsvorsitzender der SPD und Vorsitzender des Finanzausschusses, war erst gar nicht zur Stadtkonferenz erschienen. Auch er scheint kein Konzept zu haben. Nach seinen Angaben² würde mit der neuen Landesregierung Köln jährlich 8 Mio. Euro zusätzlich über eine Rücknahme der schwarz-gelben Reform bei der Grunderwerbssteuer zufließen. Das ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Schließlich lagen die Kosten, die Bund und Land auf Köln abgewälzt hatten, bei über 160 Mio. Euro.

Haben SPD und Grüne das schon vergessen? Das kann man in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lesen: „Wir beenden den Raubzug der vergangenen fünf Jahre durch die kommunalen Kassen und ermöglichen den Gemeinden, sich finanziell zu konsolidieren.“³

Papier ist geduldig. Eine wirkliche Konsolidierung wird ausbleiben, wenn nicht sofort eine Einnahmendebatte rund um den Kölner Stadthaushalt entwickelt wird. DIE LINKE hat dazu einen Beitrag geleistet und wird das auch in den nächsten Monaten tun.

Jörg Detjen

Quellenhinweise

- 1 <http://www.stadt-koeln.de/1/stadtfinanzen/haushalt>
- 2 Kölner Stadt Anzeiger vom 9. Juli 2010
- 3 Gemeinsam neue Wege gehen, NRW-Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Kürzen à la carte – DIE LINKE beantragt die Offenlegung der Streichliste!

Der Kämmerer hatte die Haushaltskürzungen eingeleitet, indem schon im überholten Haushaltsentwurf 2010 Streichungen von 7,5 % bzw. 12,5 % verordnete. Die Dezernate konnten entscheiden hier weniger zu kürzen und dort dafür mehr. Das Ergebnis ist, dass z.B. in der Förderung kultureller Projekte die Kürzungsraten bei 20-30 % liegen und in Ausnahmefällen sogar bei 76,7 %!

Über diese pauschalen Kürzungen hinaus hat eine sogenannte „Task-Force“ in der Verwaltung noch eine Streichliste erstellt. Sie umfasst in 2010 weitere 28,5 Mio. Euro und in 2011 sogar 65,4 Mio. Euro.

Nur wenig teilt die Verwaltung bislang darüber mit, welche Posten auf dieser Liste zu finden sind. Als am 14.06.2010 Oberbürgermeister Roters und Kämmerer Walter-Borjans die aktuelle Haushaltsslage vorstellten, reagierten sie auf Nachfragen zur Liste der Task-Force ausweichend. Sie werde „in den Haushaltsplan eingepflegt“, der am 13.07. im Rat vorgestellt werde, so der OB.

Da im Haushaltsplan viele Posten nicht im Detail auftauchen, verschleiert ein solches Vorgehen die Härten, die diese Liste

Finanzierung des Haushalts durch Angleichung der Gewerbesteuer sichern

Die wichtigste Einkommensquelle, die die Kommunen selbst steuern können, ist die Gewerbesteuer. Die Stadt Köln erwartet für 2010 Einnahmen aus dieser Quelle von 850 Mio. Euro.

DIE LINKE setzt sich zum einen dafür ein, die Gewerbesteuer auszudehnen: Es ist nicht einzusehen, warum Kioskbetreiber Gewerbesteuer bezahlen, aber Anwälte und Ärzte nicht. Das kann allerdings nicht von der Kommune entschieden werden. Zum anderen sollte kurzfristig die Gewerbesteuer erhöht werden, um den Haushalt finanziell abzusichern.

Die Kommunen legen den sogenannten Hebesatz zur Gewerbesteuer fest. Aus einem Hebesatz zur Gewerbesteuer von 450 ergibt sich eine Besteuerung von Gewerbeeinkommen von 15,75 %. Je nach Gesellschaftsform des Unternehmens bleiben dabei unterschiedlich hohe Freibeträge steuerfrei, ebenso können Verluste aus dem Vorjahr geltend gemacht werden.

Eine Stadt wie Köln kann sich einen höheren Hebesatz erlauben, ohne daraus Nachteile in der Konkurrenz zu anderen Kommunen zu erleiden. Qualifizierte Arbeitskräfte, Lebensqualität, Infrastruktur – dies alles macht Köln zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort.

Köln hat zum letzten Mal in 1988 den Hebesatz zur Gewerbesteuer von vorher 420 auf dann 450 Punkte angehoben. Damit hatte Köln den höchsten Hebesatz aller 30 Großstädte in NRW. Der Kölner Hebesatz lag 33 Punkte über dem Durchschnitt der anderen Großstädte. Auch in der näheren Umgebung, im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Rhein-Erft-Kreis reichte keine Kommune an den Kölner Hebesatz heran.

Eine aktuelle Veröffentlichung der Industrie- und Handelskammer listet seitdem Hunderte von Hebesatzerhöhungen allein in NRW auf (1991-1995: 440; 1996-2000: 847, 2001-2005: 560). Fälle, in denen der Hebesatz einmal gesenkt wurde, sind dagegen seltene Ausnahmen.

Nun in 2010 haben 7 der 30 Großstädte in NRW denselben Hebesatz wie Köln und in 14 Großstädten liegt er höher. Im Schnitt ist der Hebesatz in den Großstädten seit 1990 um 38 Punkte gestiegen. Im Rhein-Erft-Kreis wurde der Hebesatz seit 1990 um durchschnittlich 60 Punkte erhöht und im Rheinisch-Bergischen Kreis sogar um 70 Punkte.

Der Spielraum für eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist da. Er sollte genutzt werden!

Wilfried Kossen



Oberbürgermeister Jürgen Roters besuchte am 23. Juni die Fraktionssitzung, um über den künftigen Haushalt zu diskutieren. In konstruktiver Atmosphäre wurden übereinstimmende Lösungsansätze, aber auch große Differenzen deutlich.

enthalten wird. Das macht für die Stadtspitze durchaus Sinn, denn je unklarer es bleibt, wo gekürzt wird, und je später die Kürzungen bekannt werden, desto geringer ist die Möglichkeit, dass sich Widerstand bildet.

Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE eine Anfrage gestellt, in der sie von der Verwaltung eine detaillierte Darstellung der Kürzungsliste wünscht.

Wilfried Kossen

Aus den Bezirksvertretungen

■ Lindenthal

Schilda in Köln

In Köln ist alles möglich. Wem sage ich das. Auch Schilda mitten im Stadtbezirk Lindenthal.

Die Autobahn A1, die Weiden und Junkersdorf trennt, wird im Moment komplett gedeckelt und mit Lärmschutzwänden versehen. Soweit so gut. An der Ausfahrt Lövenich zur Aachener Straße hin fehlen allerdings die letzten ca. 200 m. Als sich die genervten Anwohner bei der Baufirma erkundigen, erhalten sie drei Antworten:

↳ Wir sind nicht zuständig.

↳ Wir haben es vergessen.

↳ Sie können sie ja selbst bauen.

Die Baufirma hat einen in Köln bekannten Namen: Bilfinger+Berger.

Bei einem Ortstermin der Bezirksvertretung haben die anwesenden Bezirksvertreter von CDU, FDP und DIE LINKE spontan einen Dringlichkeitsantrag zur letzten Sitzung der BV 3 beschlossen, der für Aufklärung in dieser Sache sorgen soll. SPD und Grüne haben sich später dem Dringlichkeitsantrag angeschlossen, so dass dieser einstimmig verabschiedet wurde.

Wir warten auf Antwort, ob Schilda wirklich in Köln liegt.

Lothar Müller

■ Innenstadt

Die Arroganz der Macht

Er hat lange gedauert und war intensiv, der Kampf der Bürgerinitiative Kingelpützpark um die unzerstörte Erhaltung des Parks. Bei der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung wurde ein Kompromiss auf Grund eines sehr umfangreichen Antrags der Grünen gefunden. Die Grünen versicherten, dass diese Vorlage von ihren Mitgliedern im Stadtentwicklungsausschuss, der den endgültigen Beschluss fassen musste, mitgetragen würde. Die Bürgerinitiative sah dies skeptisch. Und wie Recht sie hatte.

Die Grünen im Stadtentwicklungsausschuss knickten, vielleicht unter dem Druck der SPD, total ein. Es wurde mit den Stimmen der Grünen und der SPD ein Konzept beschlossen, das einen massiven Eingriff ins Grün bedeutet, obwohl eine andere Lösung durchaus möglich gewesen wäre.

Die Grünen sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie damit nicht nur den Bürgern in den Rücken gefallen sind, sondern auch ihren eigenen Leuten in der Bezirksvertretung. Es stellt sich die Frage, ob der Klingelpützpark erhalten musste als Ausgleich für die Ratsentscheidung der Grünen bei der Entscheidung das Schauspielhaus nicht neu zu bauen oder im Ausgleich für die Sürther Aue.

Der Ärger in den Reihen der Grünen ist nicht zu übersehen. Ich nenne ein solches Verhalten arrogant, machtverliebt, undemokratisch. Ein derartiges Verhalten provoziert geradezu bei den Bürgern Politikverdrossenheit. Beide Parteien, die Grünen sowie die SPD, haben gezeigt, dass sie der Bürgerwille mitnichten interessiert.

Peter Löwisch

■ Kalk

LINKE lässt Vingster Markt schöner werden

DIE LINKE hatte bereits in der Sitzung am 10.6. mündlich nachgefragt, ob es in der Bezirksvertretung schon mal einen Beschluss gegeben habe, Glasunterflurcontainer im Bezirk aufzustellen und am Vingster Markt damit zu starten. Voller Verwunderung erfuhr der LINKE Bezirksvertreter HP Fischer, dass dem nicht so sei und lud die anderen Mitglieder ein, einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Natürlich war dies von der Kalker CDU nicht zu erwarten, auch wenn ihre Landtagsfraktion den CDU-Landtagspräsidenten mit LINKEN Stimmen wählen lassen will. Von Seiten der SPD und der Grünen gab es zwar Sympathie, aber für einen gemeinsamen Antrag reichte es denn doch nicht.

Fischer, der auch Mitglied im Betriebsausschuss der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln (AWB) ist, formulierte nach mehrfacher Rücksprache mit der Verwaltung, einen eigenen Antrag für DIE LINKE. Auch die Verwaltung nahm zu diesem Antrag positiv Stellung. Man hätte also meinen können, dass es in der BV deshalb keine Diskussionen, sondern Zustimmung geben müsste. Während die Grünen in der BV-Sitzung dann vor allem noch ein paar technische Fragen hatten, die ihnen vom LINKEN Bezirksvertreter beantwortet wurden, spielte der Vorsitzende der CDU-Fraktion die Karte aus, dass dies ein typisches Thema für den Fachausschuss sei. Fischer jedoch verwies auf eine Aussage der Verwaltung, die auf einen Beschluss der Bezirksvertretung warte. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Krens wies darauf hin, dass die Standortfrage eben ganz originär eine der Bezirksvertretung sei. Es wurde klar, dass die CDU sich nun wand, um einem für Vingst sinnvollen Antrag die Zustimmung verweigern zu können.

Das taten sie schließlich durch Enthaltung gemeinsam mit FDP und „pro Köln“. Doch die übrigen Bezirksvertreter stimmten einstimmig dafür und so kann sich Vingst jetzt schon auf eine zukünftige Verbesserung der Situation auf dem Vingster Markt freuen.

HP Fischer



Das Edelweisspiratenfestival fand am Sonntag, den 11. Juli zum 6. Mal statt. Dieses „lebendige Denkmal“ zu Ehren der „unangepassten Jugend der Nazizeit“ gedenkt und feiert die Zeitzeugen. Edelweisspiraten nannten sich Jugendliche, die sich nicht in das Freizeit- und Erziehungssystem der Nazis einbinden lassen wollten und eigene bündische Traditionen pflegten. Von den Nazis wurden sie als kriminell abgewertet und verfolgt. Viele bezahlten ihren Widerstand mit dem Leben.

Musik spielte eine große Rolle im Leben dieser Jugendlichen. Die Lieder, die sie sangen, waren unter den Nazis verboten und verfehmt. Der Titel eines Liederbuches mit Geschichten über diese Jugendbewegung heißt dann auch folgerichtig „Gefährliche Lieder“. Das Festivalprogramm spiegelt diese Priorität wider. Eine große Bandbreite verschiedener Bands wie Rolly Brings oder Guts Pie Earshot interpretierten neben eigenen Songs mindestens ein Lied der Edelweisspiraten.

Bei strahlendem Sonnenschein hatten sich über 1.000 Menschen im Friedenspark eingefunden. Das Musikprogramm war stellenweise bewegend und doch von erstaunlicher Aktualität. Nazilieder klingen heute nach falschem Pathos, lächerlich. Der Widerstand dagegen bleibt schön.

Andrea Kostolnik

Das Liederbuch „Gefährliche Lieder“ ist zum Festival erschienen und kostet 19,90 Euro. Das 200 Seiten starke Buch enthält neben Noten und zahlreichen Fotografien auch eine CD, auf der die Zeitzeugen selbst „ihre“ Lieder anstimmen. Es ist unter der ISBN 978-3-89705 erhältlich.



Aus den Ausschüssen

■ Schule und Weiterbildung

Großes Verwirrspiel um die Erstausrüstung

Gerüchteweise steht die kostenlose Erstausrüstung für Schulanfänger mit Köln-Pass auf der Streichliste des Kölner Oberbürgermeisters (Platzjabbeck berichtete). Sie war erst vor einem Jahr auf Initiative der LINKEN einstimmig beschlossen worden. Betroffene Eltern, die in der Stadtverwaltung nachfragten, wo der Antrag zu stellen sei, bekamen eine ernüchternde Antwort. Der Antrag könne nicht gestellt werden, weil diese Leistung wahrscheinlich gestrichen würde. Das berichteten diese Eltern der LINKEN.

Im Schulausschuss hat DIE LINKE daraufhin schriftlich nachgefragt, ob das rechtens sei. Schließlich gelte der Ratsbeschluss nach wie vor. Doch anstelle einer schriftlichen Antwort, die man den Betroffenen an die Hand geben kann, um ihr Recht durchzusetzen, antwortete ein Vertreter der Verwaltung mündlich. Ein unübliches Verfahren.

Mitgeteilt wurde, dass der Antrag bei allen städtischen Stellen formlos gestellt werden kann und unter Vorbehalt angenommen wird. Doch unsere Erfahrung ist, dass viele Verwaltungsmitarbeiter keine Kenntnis von dieser Möglichkeit haben. Ohne ein passendes Formular dazu lässt sich die Frage, ob der Antrag gestellt werden kann oder nicht, auch so schnell nicht klären.

Ob das Geld dann ausgezahlt wird oder nicht, hängt allerdings vom Haushalt ab, der frühestens im Oktober beschlossen werden soll. Steht die Einschulungsbeihilfe auch im neuen Haushalt, werden Eltern bis zu 160 Euro für Schulranzen, Turnsachen etc. erstattet. Ist die Einschulungsbeihilfe gestrichen, wird der gestellte Antrag gegenstandslos.

Um die Verwirrung komplett zu machen, hat die Stadt Köln neun Tage nach der Ausschusssitzung eine Pressemitteilung zum Thema herausgegeben. Dort ist nicht mehr die Rede davon, dass bereits jetzt Anträge gestellt werden können. Vielmehr heißt es: „Daher ist zu empfehlen, die Kaufbelege über Schulmaterialien als Nachweis aufzubewahren.“ Die Anträge können dann zu einem späteren Zeitpunkt bearbeitet werden.

Es ist zu befürchten, dass hier bereits die Weichen gegen die Erstattung gestellt werden. Diese Leistung ist kaum bekannt, wie die geringe Zahl von 850 Fällen im letzten Schuljahr zeigt. Eltern, die einmal ein negatives Signal von der nicht optimal informierten Verwaltung bekommen haben, werden die Belege wahrscheinlich wegwerfen und keinen weiteren Anlauf nehmen. Die Berichterstattung erweckt eher den Eindruck, dass die Erstausrüstung schon gestri-

chen ist. Und noch uniformierte Eltern werden mangels Werbung erst gar nicht auf die Idee gebracht, die Belege aufzuheben.

So kann die Stadtspitze die Leistung eigentlich im Haushaltsentwurf belassen. Weil sie kaum abgerufen wird, verursacht sie auch kaum Kosten. Damit das nicht eintritt, wird DIE LINKE auch weiterhin die Eltern über diese Leistungen informieren und fordert die Stadt auf, dies ebenfalls zu tun, z.B. über Rundschreiben an die Kindergärten und Grundschulen.

Elke Hoheisel-Adejolu

■ Gesundheit

Pflegeberatungsstellen in Köln

Das „Handlungskonzept demografischer Wandel“ stellt nüchtern fest: Die Kölnerinnen und Kölner werden älter. Vergleicht man in dieser Hinsicht Köln mit anderen Städten oder Regionen in NRW, so wird zwar deutlich: In Köln vollzieht sich der Wandel langsamer, aber er stellt sich sicher ein. Im Jahr 2025 wird in Köln der Anteil der über 67-Jährigen 18,5 % betragen, und 2035 leben in Köln voraussichtlich ca. 6 % Menschen, die älter als 80 Jahre sind.

Es wird also auch in Köln zunehmend Menschen geben, die der Pflege bedürfen. Zahlreiche Institutionen, Träger, Verbände und private Unternehmen bieten die verschiedensten Formen von Pflege an. Für Betroffene und ihre Angehörigen ist es schwer, die Vielfalt dieser Angebote zu sichten und zu beurteilen und die richtige Form in Anspruch zu nehmen.

Die Fraktion DIE LINKE hält es deshalb für wichtig, dass in allen Bezirken unserer Stadt unabhängige Pflegeberatungsstellen angeboten werden. Um die derzeitige Situation in Köln beurteilen zu können, hat DIE LINKE eine Anfrage gestellt, die noch nicht beantwortet ist. Gegebenenfalls werden wir hierzu tätig werden: Denn Pflegebedürftige und ihre Angehörige brauchen eine Lobby, damit ihre Interessen gewahrt bleiben.

Uschi Röhrig

■ Jugendhilfe

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Auf der letzten Ausschusssitzung teilte die Verwaltung lapidar mit, dass sie aufgrund eines Personalengpasses keine weiteren Tagesmütter oder -väter mehr begutachten und zulassen kann. Das hieß für bis zu 135 Menschen, ihre Ausbildung erst einmal umsonst begonnen zu haben. Es bedeutete auch für über 4.100 Eltern, die im Kinder-

gartenjahr 2010/11 vergeblich auf einen Kita-Platz hofften, künftig noch weniger Alternativen zur Betreuung ihrer Kinder zu haben.

Wir haben diesen Zustand auf der Sitzung kritisiert. Kinderbetreuung nur nach Haushaltslage spielt mit der Zukunft der Kleinsten – und mit der Berufstätigkeit der Eltern. Die künftigen Tageseltern hätten durch eine nun wertlose Ausbildung Zeit und Geld verloren.

Nun hat die Stadt Köln zwei neue Mitarbeiterinnen eingestellt. Sie werden alle Männer und Frauen prüfen, die seit September 2009 einen Antrag auf Erlaubnis zur Kindertagespflege gestellt haben

Gisela Stahlhofen

■ Kunst und Kultur

Aus für viele Kunst- und Kulturprojekte

Projekte in der bildenden Kunst, Film und Literatur, Musik, Tanz, Theater und Popmusik sind von Kürzungen betroffen. Viele dieser Projekte können aufgrund des Wegfalls bzw. der Kürzungen von Fördermitteln überhaupt nicht durchgeführt werden.

Im Bereich der Interkulturellen Kunst und Kultur werden fünf Projekte nicht mehr gefördert. Darunter ist das seit vielen Jahren durchgeführte Deutsch-Iranische Theaterfestival.

Aus dem Bereich Bildende Kunst sollen sechs größere Projekte nicht gefördert werden, z.B. innovative Projekte von Kölner Künstlerinnen und Künstlern in den Kölner Partnerstädten und in der Kulturhauptstadt 2010 Istanbul. Der Kunstmarktstandort Köln ist durch die geplanten Kürzungen vor allem von freien Ausstellungsräumen und Projekten bedroht.

Auch die über Jahrzehnte gewachsene lebendige Filmszene und der Medien- und Filmstandort Köln wird von diesem Kahlschlag nicht verschont. Die Kölner Kinonächte und die Öffentlichkeitsarbeit Kino-Aktiv sollen keine Förderung mehr erhalten.

In der Literatur sind insbesondere die Lesungen in den Buchhandlungen und Projekte des Freien Werkstatt Theaters betroffen. Das im letzten Jahr beschlossene Literaturförderkonzept soll nicht umgesetzt werden.

15 Projekte im Bereich der alten und neuen Musik sollen nicht mehr gefördert werden. Aufgebaute Strukturen sind dadurch bedroht. Die Förderung des auf Tanz und Musik spezialisierten Festivals „Grenzgänger“ ist ebenfalls in der Diskussion.

Auch in der freien Theaterarbeit soll gekürzt werden. Ein Wegfall eines Viertels des Angebotes der Kölner Theater wäre problematisch und bedroht einzelne Theater in ihrer Existenz.

Die „Sound of Cologne“ hat internationales Profil entwickelt und dem droht auch das Aus. Die Kürzungen werden auch Aus-

wirkungen auf das Leuchtturmprojekt "c/o Pop-Festival" haben.

Am wenigsten spektakulär und daher am unauffälligsten sind die Kürzungen von Mitteln für einzelne Projekte, Ausstellungen und Konzerte. Wenn Veranstaltungen mit zum Teil langjähriger Tradition eingestellt werden, fällt dies zunächst nur Interessierten auf. Dabei handelt sich oftmals nur um kleine Beträge für eine Veranstaltung oder ein Projekt, die gekürzt werden. In der Summe kommen hier in Köln 1,3 Mio. Euro zusammen.

Gerade der Wegfall kommunaler Mittel für Konzerte, für Lesungen, für Ausstellungen oder für Engagements wirkt sich für die aktiven Künstlerinnen und Künstler am deutlichsten aus. Aus der Vergütung für solche Veranstaltungen bezieht die Gesamtheit der Künstler einen wichtigen Teil ihres Einkommens. Dieser Ausfall ist für die einzelnen Künstlerinnen und Künstler kaum zu kompensieren.

Durch solche Kürzungen wie auch in Köln wird die Kulturszene systematisch zerstört. Wir, DIE LINKE, fordern den Rat und den Oberbürgermeister auf, diese Kürzungen zu verhindern.

Sengül Senol

■ Kunst und Kultur

„Wir sind dann mal weg!“

So könnte es lauten, wenn die geplanten Einsparungen in der freien Kulturszene durchgeführt werden. Geplant ist eine Kürzung von 1,3 Mio. bzw. 1,7 Mio. Euro für 2010 und 2011. Das macht mehr als 20 % des städtischen Zuschusses aus. Hier kann man nicht mehr von „Rasenmähermethode“ sprechen, das ist „Brandrodung“. Für viele Projekte und Institutionen der freien Szene bedeutet dies unwiederbringlich das Aus. Existenzen werden restlos vernichtet. Köln verliert einen erheblichen Teil seiner Lebendigkeit und Vielfalt.

Gerade in der freien Kulturszene gibt es große Schnittmengen zu anderen Bereichen.

Seit Jahren wird mit geringsten finanziellen Mitteln effiziente Kulturarbeit geleistet. Durch Projekte der freien Szene kommt ein Teil der Bevölkerung überhaupt erst mit Kultur in Kontakt, auch und gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsferneren Schichten der Gesellschaft. Integrative Projekte für Menschen mit Migrationshintergrund wurden entwickelt.

Wenn Köln sich mit Recht „Kulturstadt“ nennen will, sollten die Verantwortlichen die Bedeutung der freien Kulturlandschaft nicht unterschätzen. Bedenkt man wie verschwindend gering der hier einzusparende Anteil am Gesamtschuldenvolumen ist und wie viel Bedeutung die freie Kulturarbeit für die Stadt hat, so muss man den sofortigen Stopp der geplanten Kürzungen fordern.

Die Rechnung geht letztendlich sowieso nicht auf. Einmal zerschlagene Strukturen lassen sich nicht nach einiger Zeit einfach wieder beleben. Sie sind ein für alle mal zerstört. Kulturschaffende, denen die Existenzgrundlage entzogen wird, landen direkt bei Hartz IV. Deren Kosten der Unterkunft müssen dann wieder aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Zu guter Letzt spart man hier gar nichts - außer der freien Kulturszene. Tja, und die ist dann mal weg.

Monika Ruiten

■ Umwelt und Grün

Theorie, Praxis und die Missverständnisse

DIE LINKE hat für die letzte Sitzung des Ausschuss Umwelt und Grün vor der Sommerpause eine Anfrage gestellt. Thematisch geht es um Missverständnisse zwischen Ämtern und Dezernaten zu Lasten des Umweltschutzes. Wie bedeutsam die Antworten darauf sein werden – sie lagen leider zur entsprechenden Sitzung noch nicht vor – erkennt man an den vielen Nachfragen und Reaktionen zu einem anderen Tagesordnungspunkt. Der Beigeordnete Streiberger hielt dem Umweltausschuss einen Vortrag zum Thema „Eingriffsregelung in der Bauleitplanung.“ Bei den vielen Nachfragen der Ausschussmitglieder, bezogen diese sich oft auch auf die LINKE-Anfrage und Streitberger bestätigte unter anderem das dort gebrachte Zitat, nämlich, dass er beim Bebauungsplan Ohmstraße davon abriet, den Umweltausschuss zu beteiligen.

„Hier sei eine klare Zuständigkeit des Stadtentwicklungsausschusses und der Bezirksvertretung gegeben und zudem befürchte er Zeitverluste, sofern der Ausschuss für Umwelt und Grün hiermit befasst werde. Eine Beratung dort berge immer die Gefahr einer Ablehnung oder Vertagung.“ (aus dem Entwurf der Niederschrift der 6. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.04.2010).

Tatsächlich aber wurde dem Ausschuss mit Streitbergers Vortrag nur die theoretische Seite erläutert. Warum es in der Praxis leider oftmals anders aussieht, wird sicherlich erst die Antwort auf die LINKE-Anfrage erhellen. Die Mitglieder des Ausschusses – und nicht nur LINKE – warten mit Spannung darauf.

HP Fischer



■ Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Antwort nicht ohne Barrieren

Eine Anfrage zum Thema Behindertenwerkstätten hatte die Fraktion DIE LINKE zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 29.06.2010 eingereicht. Angeregt wurde sie durch ein Mitglied des Arbeitskreises Gesundheit und Umwelt, das selbst in einer Werkstatt arbeitet.

In der letzten Zeit steigt der Druck, dem die Werkstätten ausgesetzt sind: Druck durch die augenblickliche wirtschaftliche Situation, die von den Werkstätten die Konkurrenz mit Billigproduzenten verlangt. Und Druck durch die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen, die für diese Gruppe der Gesellschaft gleiche Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt fordert.

Die Antwort ist kurz und bündig und lückenhaft. Es gibt 13 Betriebsstätten der Werkstätten im Raum Köln, die von vier Trägern betrieben werden: dem Caritasverband, den Gemeinnützigen Werkstätten Köln, den Sozial-Betrieben-Köln und den Alexianern. Insgesamt sind 3.335 Menschen dort beschäftigt, davon 28 % Menschen mit psychischer Behinderung. Die anderen Gruppen werden leider nicht aufgeführt.

Grundlage für Arbeitszeit und Vergütung ist das SGB IX. Die Löhne für die Arbeit müssen durch die wirtschaftliche Betätigung der Werkstatt erwirtschaftet werden. Als Mindestbeitrag ist monatlich 73 Euro an jeden Beschäftigten auszuzahlen. Hinzu kommen individuelle Steigerungsbeiträge.

Die Frage nach der Umsetzung der UN-Konvention wird nur für den Landschaftsverband Rheinland beantwortet. Hier gibt es offensichtlich zahlreiche Kontakte zu Betrieben außerhalb der Werkstätten. Die Frage, wie es mit der Bereitschaft der Stadt Köln steht, Beschäftigte aus Werkstätten in der Verwaltung einzustellen, wird allerdings nicht beantwortet. Nachdem der Vertreter der Fraktion DIE LINKE, in der Stadtarbeitsgemeinschaft darauf aufmerksam machte, wurde eine schriftliche Ergänzung zur nächsten Sitzung zugesagt. *Michael Kellner*

Abstimmung mit den Füßen 9 Hauptschulen werden geschlossen

Hauptschullehrer und -Lehrerinnen sind meistens Idealisten. Sie verdienen weniger als ihre Kollegen an Realschulen und Gymnasien. Ihr Beruf verspricht kaum Sozialprestige. Ihre Schüler bekommen oft weniger Unterstützung aus dem Elternhaus. Lernen, Regeln einhalten, sich einordnen in eine Gemeinschaft fällt ihnen oft schwerer als Schülern an anderen Schulformen. Hauptschulen leisten gute Arbeit

Trotzdem leisten viele Hauptschulen oft sehr gute Arbeit. Sie bieten viele verschiedene Projekte an, um ihren Schülern den Übergang in eine Ausbildung und damit einen Beruf zu erleichtern. Praxisstationen und Schülerfirmen sind nur zwei Beispiele. DIE LINKE hat sich in einem Antrag zur letzten Ratssitzung damit durchgesetzt, diese Projekte zu erhalten. Außerdem hat die Verwaltung vom Schulausschuss eine Hausaufgabe bekommen. Die Überführung der Schüler aus den zu schließenden Hauptschulen muss so schülerfreundlich wie möglich gestaltet werden. Nun wird geprüft, inwieweit Klassen als Ganzes mit KlassenlehrerIn an die neue Schule umziehen können, und bestehende Kooperationen mit Außenstehenden, Betrieben etc. erhalten werden können.

Nur 1 % will auf die Hauptschule

Auch wenn die Schulschließungen mit Unannehmlichkeiten verbunden sind: Eltern und Schüler wollen es so. Die Befragung der Eltern aller Kölner Drittklässler im letzten Jahr hatte ein eindeutiges Ergebnis. Nur 1 % aller Eltern wollen ihr Kind auf die Hauptschule schicken. Damit ist auch für die Zukunft nicht zu erwarten, dass diese Hauptschulen künftig wieder eine Eingangsklasse bilden können. Das Schulgesetz sieht vor, dass Hauptschulen zwei Eingangsklassen bilden müssen und eine bestimmte Schülerzahl nicht unterschreiten dürfen.

Auslaufmodell dreigliedriges Schulsystem

Hauptschulen sind für Jugendliche nicht attraktiv, denn sie wissen, dass sie bei der Ausbildungsplatzsuche benachteiligt sind – in der Regel auch, wenn sie gute Noten mitbringen. Arbeitgeber bevorzugen Realschüler und Abiturienten, die sich in den letzten Jahren verstärkt auf Lehrstellen bewerben. Dementsprechend groß ist die Nachfrage nach Gesamtschul- und Gymnasialplätzen in Köln. Ein wichtiger Punkt des LINKEN-Antrags zur letzten Ratssitzung war deshalb auch die Forderung, die Schulstandorte zu erhalten.

Hier muss DIE LINKE im Rat wachsam sein, dass künftig genügend Gesamtschulplätze geschaffen werden. Denn während bisher Jahr für Jahr die fehlenden Gymnasialplätze geschaffen wurden, bleibt für viele Kinder der Gesamtschulplatz ein unerreichbarer Traum. Knapp 600 Plätze fehlen momentan.

Gemeinschaftsschule die Lösung?

Die neue nordrhein-westfälische Minderheitsregierung aus SPD und Grünen hat sich im Koalitionsvertrag auf eine neue Schulform geeinigt: die Gemeinschaftsschule. Auf freiwilliger Basis können künftig bestehende Schulen „aller Schulformen“ eine Ganztagschule bilden, „die gymnasiale Standards mit einschließt“. Wäre das nicht eine Lösung für die gefährdeten Hauptschulen?

Es ist fraglich, ob eine wirklich gute Schulreform langfristig ohne die Einbeziehung aller Gymnasien bestehen kann. Bisher wehren sich viele Gymnasialeltern und -schüler gegen den Verlust ihrer Exklusivität. Nur wenn alle Kinder, die armen und die reichen, die wilden und die braven, die mit Bildungshintergrund und die ohne zusammen lernen, können sie voneinander lernen und sich gegenseitig ausbalancieren. Das geht aber nicht, wenn sich die privilegierte Hälfte unserer künftigen Gesellschaft in das Gymnasium zurückzieht und von der „unteren“ Hälfte entsolidarisiert.

Die Hauptschule abzuschaffen ist ein erster wichtiger Schritt zu einer solidarischen Bildungsrepublik. Das Gymnasium muss folgen.

Andrea Kostolnik

Dumpinglöhne sind illegal, unmoralisch und gefährlich!

Nach einer Überprüfung der Baustelle Heumarkt der Nord-Süd-Stadtbahn (NSB) am 16.06.2010 hat der Zoll bei 29 Arbeitnehmern den Verdacht, dass ihnen nicht der vorgeschriebene Lohn gezahlt wird, bzw. dass der Sozialversicherungspflicht nicht nachgekommen wird. In der Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist im Baugewerbe ein Mindestlohn von 10,80 Euro festgelegt.

Die Stadt Köln hat beim zentralen Vergabeamt eine Sanktionsstelle eingerichtet. Von hier aus werden die Firmen auf städtischen Baustellen auch dahingehend überprüft, ob Mindestlohn und Sozialversicherungspflicht eingehalten werden. Die KVB hat als Bauherrin der NSB darauf hinzuwirken, dass die Mindestbedingungen zum Schutz der Arbeitnehmer erfüllt werden. Eine Einrichtung ähnlich der Sanktionsstelle bei der Stadt Köln könnte mithelfen, die Verstöße beim Bau der NSB aufzudecken und zu verhindern.

Bei Verstößen gegen Mindestlohn und Arbeitsschutz besteht nicht „nur“ die Gefahr der Ausbeutung von Arbeitnehmern. Durch zu wenig gezahlten Lohn wird weniger Lohnsteuer abgeführt. Der Stadt entgehen möglicherweise Steuereinnahmen.

Die Baustelle wird von der ARGE Süd (Bilfinger Berger, Wayss & Freytag und Züblin) betrieben. Nach hiesigem Kenntnisstand sind diese Firmen vertraglich verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, die gesetzlichen Bestimmungen wie Mindestlohn und Sozialversicherung für alle Arbeitnehmer auf der Baustelle zu gewährleisten.

Für ARGE Baustellen besteht die Möglichkeit der Einrichtung von ARGE Betriebsräten. Die Einführung einer solchen Arbeitnehmervertretung könnte helfen, Verstöße gegen bestehendes Arbeitsrecht zu verhindern. Die Einhaltung aller arbeitsrechtlichen Bestimmungen und eine ordentliche Entlohnung können zu einer verbesserten Qualität der abgelieferten Arbeit führen.

Nach Aussagen der zuständigen Fachgewerkschaft gibt es bei der ARGE SÜD keinen ARGE - Betriebsrat. Ein noch zu gründender ARGE - Betriebsrat könnte der Gefahr von Ausbeutung der Arbeitnehmer entgegenwirken.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Verantwortlichen bei Stadt, KVB und den ausführenden Firmen der NSB auf, die gesetzlichen Bestimmungen zum Arbeitnehmerschutz einzuhalten!

Michael Weisenstein





Wechsel in Kölner Ratsfraktion

Özlem Alev Demirel, langjähriges Ratsmitglied für DIE LINKE, ist von ihrem Amt als Mitglied des Kölner Stadtrates zurückgetreten. Grund für ihren Rücktritt ist ihre Wahl in den nordrhein-westfälischen Landtag. Özlem Alev Demirels Wechsel in den Landtag bedeutet keineswegs ihren Abschied von der Kommunalpolitik. Im Gegenteil: Als kommunalpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion wird sie sich auch zukünftig bei lokalen Belangen einbringen.

Die Journalistin Sengül Senol rückt in den Kölner Stadtrat nach. Sie vertritt DIE LINKE derzeit bereits im Kulturausschuss der Stadt Köln. Sengül Senol: „Ich freue mich auf meine erneute Arbeit im Rat der Stadt Köln. Gerade in so genannten schlechten Zeiten, ist eine gute Oppositionspolitik wichtig. Ich setze mich für eine interkulturelle und gleichberechtigte Gesellschaft ein. Soziale Gerechtigkeit ist dafür eine Voraussetzung.“

DIE LINKE begrüßt ihre neue Ratsfrau ganz herzlich.

Besser spät als nie – Stadt Köln erhöht den Druck auf die Messe-Investoren

Die Stadt Köln hat den Druck auf die Investoren des Esch-Oppenheim-Fonds erhöht. Sie droht damit, die Mietverträge für nichtig zu erklären, wenn die Investoren nicht bereit sind, die Hallen zu einem ihrem Wert angemessenen Preis an die Stadt zu verkaufen.

Ab August soll keine Miete mehr überwiesen werden. Der Kaufpreis soll durch ein Wertgutachten ermittelt werden. Stadt und Messe wollen die Hallen trotz der Nichtigkeit des Mietvertrages weiter nutzen und berufen sich auf den Grundbucheintrag. Die Investoren wollen klagen und kündigen an, nicht auf ihre Extra-Profitte zu verzichten.

Mit der Erklärung der Nichtigkeit, der Einstellung der Mietzahlungen und der Erstellung eines Wertgutachtens übernimmt die Stadtspitze Forderungen der Ratsfraktion der LINKEN und anderer KritikerInnen des Messe-Geschäftes.

In der Ratssitzung am 29. Oktober 2009 trotzte der Kämmerer noch der Realität und verharmloste das Urteil des Europäischen Gerichtshofs als routinemäßige rechtliche Auseinandersetzung: „Der Gerichtshof hat übrigens eines nicht getan: Er hat den abgeschlossenen Vertrag nicht disqualifiziert.“

Im Dezember 2009 erklärte er alles, was er jetzt vorschlägt, für falsch. Er antwortete der LINKEN im Rat: „*Sie haben gesagt, die Verträge seien rechtswidrig und nichtig. Das sind sie nicht ... Es würde keinen Sinn machen – das haben wir hier schon mehrfach zur Diskussion gehabt; das ist immer wieder abgelehnt worden – auf der Grundlage irgendwelcher ominöser Wertgutachten, die es irgendwo geben soll, die uns nicht zur Verfügung stehen und die uns wahrscheinlich auch nicht zur Verfügung gestellt werden, zu reden. Es ist nicht*

sinnvoll, im Vorhinein Wertgutachten zu machen.“

Jörg Frank (Grüne) behauptete im September 2009 noch ganz möchtereinschlau, ein Wertgutachten wäre sinnlos: „*Hier wird sozusagen das falsche Handwerkszeug herausgeholt. Wir würden damit nur einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu ordentlich Geld verhelfen.*“

DIE LINKE antwortete: „*Dann machen Sie doch einen Gegenvorschlag, wie wir zum Ziel kommen: Sollten wird die Verträge gleich kündigen? Sollten wir die Verträge für ungültig erklären? Sollten wir die Miete vorsichtshalber auf die Hälfte zurechtstutzen? Wir sind wirklich für jeden Vorschlag offen.*“. Der Grünen Barbara Moritz fiel dazu nur ein, „Geduld“ zu fordern.

DIE LINKE hat seit dem Bekanntwerden des Skandals im Sommer 2005 klare Forderungen gestellt: Wir haben die Offenlegung der Verträge und aller Unterlagen gefordert. Wir haben im Mai 2007 die Erstellung eines Wertgutachtens vorgeschlagen. Im Oktober 2009 haben wir gefordert, dass die Stadt eine Verhandlungskommission formiert mit dem Ziel, die Verträge zu Gunsten von Stadt und Messe zu verändern und haben vorgeschlagen, dass die Stadt eine politische Strategie gegen den Immobilienfonds verfolgt.

Der Autor dieser Zeilen schlug auf der Ratssitzung im Oktober 2009 vor: „*Wir haben schwarz auf weiß von einem sehr hohen Gericht attestiert bekommen: Wir können raus aus diesen Verträgen. Ganz einfach! Das, was bisher nicht als möglich angesehen wurde und wofür wir als Utopisten bezeichnet wurden, als wir das vorgeschlagen haben, können wir jetzt tun ... Nutzen wir doch die Möglichkeiten jetzt dafür, die klare Drohung auszusprechen aus diesem Vertrag auszusteigen, um die Konditionen*

zu ändern und damit die Plünderung der städtischen Kasse zu stoppen.“

Im Dezember ergänzte er:

„*Wenn wir in der Vergangenheit als Linke im Rat oder außerparlamentarisch in Bürgerinitiativen gesagt haben, dass die Stadt sofort aus dem sittenwidrigen Vertrag aussteigen kann und muss, dann haben Sie hier im Rat meistens eher entnervt reagiert: Das sei nicht möglich, sei unzulässig, vollkommen unrealistisch. Tatsache ist, dass seit dem Urteil klar ist, dass unsere Forderungen nicht nur politisch geboten und gerecht waren, sondern wir sogar die einzige mögliche rechtliche Handlungsoption aufgezeigt haben.*“

Stadtspitze, SPD und Grüne haben darauf verzichtet, eine politische Kampagne zu führen, um aus den Verträgen auszusteigen. Sie haben von „vertraulichen Verhandlungen“ geredet. Jetzt ist klar, dass die Investoren überhaupt nicht verhandeln wollten und dies auch nicht getan haben. Sie wollen auf keinen Cent ihrer Extra-Profitte verzichten. Die Stadt hat mit den „vertraulichen Verhandlungen“ ihre Position geschwächt und Zeit verschwendet.

DIE LINKE wird jeden Schritt unterstützen, der dazu führt, die Mietzahlungen einzustellen oder zu reduzieren und die Hallen in das Eigentum der Stadt zu überführen. Es scheint, als sei die Stadtspitze voll und ganz auf die Vorschläge der LINKEN eingeschwenkt. Aber wir bleiben skeptisch. Die Stadt kann sich keine „Kompromisse“ mit den Investoren leisten. Wir wollen ihre Profite nicht bezahlen, weder ganz noch teilweise.

Die rechtlichen Schritte der Stadt sollten durch eine politische Mobilisierung der Bevölkerung unterstützt werden, um den Druck auf die Investoren zu erhöhen.

Claus Ludwig

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Seit April ist in der Wiersbergstr 44 in Kalk die ehemalige Kantine von KHD besetzt. Das in der Substanz gut erhaltene Haus steht seit ca. 10 Jahren leer und soll nach Aussage der Eigentümerin (SAVOR Verwaltung GmbH & Co. Objekt Kalk KG - eine Tochtergesellschaft der Sparkasse Köln-Bonn) abgerissen werden. Über die weitere Nutzung des Grundstücks gibt es weder von politischer noch von Eigentümerseite eine konkrete Planung.

Die Besetzerinnen und Besetzer haben bisher knapp 200 soziale und kulturelle Veranstaltungen durchgeführt. Die Forderung nach einem Freiraum für kulturelle und soziale Projekte, unabhängig von nicht bezahlbaren „Event-Locations“, halten viele Unterstützer und Unterstützerinnen der Besetzung für richtig.

Das „Aufeinanderzugehen“ unterschiedlicher Generationen, von Menschen verschiedener soziokultureller Herkunft ist durch vielfältige Aktivitäten aus dem „Autonomen Zentrum“ belegt und gewünscht. Leider verweigern Eigentümerin und politisch Verantwortliche der Stadt Köln eine Verhandlungslösung.

Oberbürgermeister Roters versteckt sich hinter Gesetzen und heftet sich den Sheriff-Stern an die Brust. Augenscheinlich aber hat er keinerlei eigenen Standpunkt gegenüber einem Autonomen Zentrum überhaupt oder dem aktuellen Autonomen Zentrum Kalk. Vor der Wahl eine Herzensangelegenheit, nach der Wahl illegal.

Das AZ in Kalk bringt der Stadt und dem Stadtteil nur Vorteile. Es gibt unkommerzielle Angebote, die sonst nicht möglich wären. So ist man gerade dabei einen Raum im Gebäude zum Kino um zu bauen.

Die Stadt kostet das nichts. Die Eigentümerin zahlt seit Jahren die anfallenden Nebenkosten, ohne Gebäude und Gelände verwerten zu können bzw. zu wollen. Bei einer regulären Nutzung, könnte sie diese Kosten weiter reichen.

Nach einer Räumung käme es in Kalk wie im Barmer Block zu einem Abriss, um eine Wiederbesetzung zu verhindern. Abriss aber bedeutet Brachgelände. Brachgelände hat Kalk genug.

Kein Tag ohne Autonomes Zentrum

Wir sind gegen Abriss des Gebäudes ohne Nutzungskonzept für das Grundstück.

Wir fordern die Verantwortlichen der Sparkasse auf, den Antrag auf Räumung zurückzuziehen

Wir fordern Verhandlungen mit den BesetzerInnen aufzunehmen, um eine Zwischenlösung zu ermöglichen

Wir erwarten vom Oberbürgermeister der Stadt, sich auch für die Interessen von Jugendlichen, KünstlerInnen, sozial und politisch Aktiven aus dem AZ einzusetzen und jede Eskalation zu verhindern.

Aus einem UnterstützerInnenflugblatt

macht einen Unterschied für das Verständnis. International werden „autonome Zentren“ als „soziale Zentren“ bezeichnet. Autonome Zentren sind selbstverwaltete und unabhängige kulturelle und soziopolitische Institutionen. Sie unterscheiden sich somit von staatlichen und städtischen Einrichtungen und vor allem von deren Finanzierung.



Seit April hat es im Kalker „selbstverwalteten Zentrum“ knapp 200 Veranstaltungen meist kultureller Art gegeben. Es liegt ein Nutzungskonzept vor, dass einen Ausbau dieser Aktivitäten vorsieht, wie zum Beispiel ein Kino.

Die Lösung

Die Betreiber des autonomen Zentrums haben ein schlüssiges Konzept und einen seriösen Finanzplan aufgestellt. Die Sparkasse hat nicht mehr die laufenden Kosten und die Bürger der Stadt haben die Angebote des Zentrums, ohne, dass die Stadt Köln dafür auch nur einen Euro rausrücken müsste.

Da „Duldung“ eine Form des sozialen Handelns ist, sollte die Sparkasse mal in die Schweiz schauen, dort gibt es einen „Gebrauchsleihevertrag“ der abgewandelt auch hier einsetzbar wäre.

HP Fischer

Was heißt eigentlich „autonom“?

Im politischen Bereich heißt es so viel wie „verwaltungsmäßig selbstständig“ und im Allgemeinen so viel wie unabhängig oder eigenständig. Genau darauf wird bei der Erziehung von Kindern hingearbeitet, dass diese autonom Entscheidungen zur Planung und Gestaltung des eigenen Lebens treffen können. Ein Kind oder Jugendlicher ohne Vorstellung von Autonomie wird es schwer haben, sich von seinen Erziehenden zu emanzipieren.

Das Missverständnis.

In der ehemaligen KHD-Kantine in Kalk befindet sich kein „Zentrum der Autonomen“, sondern ein „autonomes Zentrum“. Das

Termine ... Termine ... Termine ...

Fr, 23.7., 18 Uhr
AK Soziales und Senioren
Kreisbüro, Metzger Str. 24

Do, 12.8., 18-20 Uhr
Bürgersprechstunde OV Ehrenfeld
Venloer Str. 440, Toscana-Passage,
Räume neben GNN-Verlag

Do, 2.9., 17.30 Uhr
AK Jugend und Schule
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Di, 7.9., 16.30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg